

Bürger für Bürger  
**BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.**  
 überparteilich - tolerant

1. 013  
 2. 012 Mo 09/103

Fraktion

25 Mo 10

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731  
 INTERNET: <http://www.buergerliste.de>

Leverkusen, den 25.2.2010

2

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsitzung:

Das „Essener Signal“ des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ der Städte des Ruhrgebietes sowie des Bergischen Landes wird bekräftigt.

Bis zur Vorlage eines verbindlichen politischen Signals zu einem nachhaltigen Entschuldungsprogramm durch Land/Bund, legt der Rat unserer Stadt die Finanzierung der U 3-Kitas auf Eis, da diese leider in der jetzigen Haushaltslage nicht zu verwirklichen ist.

Begründung:

Dieser Antrag zur grundlegenden Diskussion und zur Umsetzung des „Essener Signal“ soll die Absichten unserer Stadt zu einer nachhaltigen Haushaltssanierung nochmals unterstreichen und zugleich für unsere Stadt festschreiben.

Und gleichzeitig deutlich machen, dass der Rat der Stadt Leverkusen in der gegebenen Haushaltslage keine Möglichkeit sieht, den Anforderungen der U 3-Gesetzgeber zu entsprechen.

Denn eine weitere finanzielle Verschuldung - auch durch PPP- Modelle - ist auf dem Hintergrund der auch vom Regierungspräsidenten immer wieder ausdrücklich betonten **ALLEINVERANTWORTUNG** des Rates für die städtischen Finanzen - Siehe Gemeindeordnung! - nicht zu verantworten.

Anlagen: Materialien zum „Essener Signal“

Michael Quatz

Stefan Manglitz

( Erhard T. Schoofs )

Es wäre sinnvoll, wenn dieser Antrag und seine Anlagen wegen seiner/ihrer grundlegenden Bedeutung vor den eigentlichen Haushaltsplanberatungen beraten, und hierzu die Redezeitbegrenzung aufgehoben würde.



der Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes

## Essener Signal: „Raus aus den Schulden“

Seit Jahren ist in einzelnen Städten und Gemeinden eine finanzielle Abwärtsspirale in Gang. Mittlerweile werden von ihr immer mehr Kommunen erfasst. Die sich derzeit neu auftuenden Haushaltslöcher sind dabei nicht auf kommunales Fehlverhalten, sondern auf konjunkturelle Einflüsse, Versagen des Bankensektors, steuerpolitische Eingriffe des Bundes, finanzielle Belastungen durch Land und Bund und letztlich eine generelle Unterfinanzierung der Kommunen zurückzuführen. Sie übersteigen das Maß an kurzfristigen Einsparmöglichkeiten in den Kommunen. Damit droht ein Flächenbrand kommunaler Notlagen mit hohem sozialen Sprengstoff.

Die Abwärtsspirale hat in den im Aktionsbündnis zusammengeschlossenen Städten mit ihren 4,5 Millionen Einwohnern zu Kassenkreditschulden in Höhe von 10,4 Milliarden Euro geführt. Das entspricht bei 5,9 % der Einwohner aller deutschen Städte und Gemeinden (ohne Stadtstaaten) 32,9 % der bundesweiten kommunalen Kassenkredite.

Durch diese Belastung wird die Lebensqualität der Bürger in diesen struktur- und finanzschwachen Kommunen massiv gemindert. Beispielsweise

- müssen Kindergartenbeiträge steigen, während andernorts die beitragsfreie Betreuung propagiert wird,
- können Investitionsfördermittel für wichtige Infrastrukturprojekte nicht mehr beantragt werden, weil kein Geld für die notwendigen Eigenanteile vorhanden ist,
- ist eine solide Personalentwicklungspolitik und Nachwuchsausbildung in den Stadtverwaltungen nicht mehr möglich, weil qualifiziertes Personal in Kommunen mit größeren Aufstiegsperspektiven abwandert.

Die betroffenen Kommunen erfahren dadurch eine massive Benachteiligung im Standortwettbewerb. Der Strukturwandel wird nicht nur ausgebremst, die Pflicht zur Zahlung des Solidarbeitrages an Ostdeutschland entzieht den Städten und Gemeinden sogar noch Mittel bzw. treibt die Schuldenspirale zusätzlich an. Das alles verschärft die Probleme.

Die kleinteiligen Mittel und Instrumente der Kommunalaufsicht greifen hier nicht mehr, denn sie ändern nichts an der strukturellen Unterfinanzierung. Deren Lösung wäre aber die Voraussetzung für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung. In dieser Situation ist schnelles und konzertiertes Handeln notwendig, um die Abwärtsspirale zu stoppen und ein völliges Wegbrechen der kommunalen Selbstverwaltung zu verhindern. Jedes weitere Warten bedeutet, dass die zu bewältigenden Probleme nur noch größer und Lösungen noch teurer werden.

Sofortmaßnahmen wie die Beteiligung des Bundes an den tatsächlichen Kosten der Unterkunft sind zur Sicherung der Handlungsfähigkeit notwendig. Ein grundsätzliches Umsteuern ist

in gegenwärtigen Krisensituation jedoch kaum möglich. Dafür müssen aber jetzt unverzüglich Konzepte und Maßnahmen vorbereitet werden, um mit der wirtschaftlichen Entspannung sofort mit der Behebung der strukturellen Defizite beginnen zu können.

Die Städte des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes wollen mit dem Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ konkrete Schritte zur Lösung der Probleme gehen. Mit dem „Essener Signal“ setzt das Aktionsbündnis ein weiteres Zeichen auf diesem Weg. Es ist

- **Hilferuf zur Entschuldung:** Gemeinsam mit den Kommunen sollen Landtag und Landesregierung einen Entschuldungsfonds einrichten. Dieser soll in einem Zeitraum von 10 Jahren zu einem weitgehenden Abbau der Kassenkredite führen. Der Entschuldungsfonds besteht aus einer Zins- und einer Tilgungshilfe. Ein wirksamer Entschuldungsfonds benötigt einen Landesbeitrag von mindestens 800 Millionen Euro pro Jahr als Grundstock.
- **Eigenverpflichtung zur Fortführung der Konsolidierungsmaßnahmen:** Eine Hilfe zur Entschuldung der Städte und Gemeinden kann nicht ohne Gegenleistung gewährt werden. Die Kommunen selbst werden alle Potenziale, die zur Kostensenkung beitragen können, prüfen und wenn verantwortlich nutzen. Hierbei darf es keine Tabus hinsichtlich aller Aufgaben, der Organisationsstrukturen oder lokaler Empfindlichkeiten bei der Entwicklung interkommunaler Kooperationen geben.
- **Forderung eines Abbaus der strukturellen Unterfinanzierung im Gemeindefinanzsystem:** Insbesondere im Sozialbereich erdrücken die steigenden Ausgaben die kommunalen Haushalte. Hier gilt es, kurzfristig Entlastung zu schaffen. Angesichts dauerhaft knapper Finanzmittel sind Land, Bund und die Europäische Union aber auch aufgefordert, generell die pflichtigen Aufgaben- und Standardvorgaben für kommunales Handeln aussetzen, denn kommunales Handeln erfordert kommunale Handlungsmöglichkeiten. Nur dann kann wirkungsvoll gespart werden. Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen müssen dauerhaft in Einklang gebracht werden.

Raus aus den Schulden heißt, eine Kraftanstrengung zur Wiedererlangung der kommunalen Selbstverwaltung zu unternehmen. Findet diese nicht statt, werden die Bürger in den Städten des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ immer mehr auf vieles verzichten müssen, was andernorts „normal“ ist. Der Weg in eine kommunale Zwei-Klassen-Gesellschaft ist bereits in vollem Gang.

**Die Landesregierung ist aufgefordert, das „Essener Signal“ aufzugreifen. Die Kommunen erwarten bis März ein verbindliches politisches Signal zu einem Entschuldungsprogramm.**

Die Städte und Gemeinden verkennen nicht, dass auch das Land Nordrhein-Westfalen – wie auch der Bund – finanziell stark unter Konsolidierungszwang stehen. Umso wichtiger ist es, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die bisherige Strategie des Abwälzens auf andere, sei es auf die Kommunen als schwächstem Glied in der staatlichen Kette oder auf Kinder und Enkel, lässt sich nicht mehr weiterführen. Konsolidierung kann angesichts begrenzter Finanzmittel nur über eine Aufgabenreduktion gehen. Das größte Sparpotenzial liegt aber in einem schnellen Abbau der Schulden und damit der Zinslasten.